

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2017
G20-GIPFEL
IN HAMBURG

Klimaschutz in Zeiten des
US-Politikversagens. Seite 2

Auf nach Hamburg zur
G20-Protestwelle. Seite 3

Halbherzige Lösung gegen
Antibiotikaresistenzen. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorsitzender von
Germanwatch und der
Stiftung Zukunftsfähigkeit

Liebe Leserinnen und Leser,

die Verabschiedung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens im Jahre 2015 zeigen einen Paradigmenwechsel an. Alle Staaten der Welt haben zugesagt, nun deren Umsetzung voranzutreiben. Insbesondere die G20 als Gruppe der besonders Starken, aber gleichzeitig auch der größten Klimasünder, müssen aktiver Teil der Lösung sein.

Im Jahr der deutschen G20-Präsidentschaft hat die Bundesregierung eine besondere Verantwortung für notwendige substantielle Initiativen. Noch ist es offen, ob es gelingt, nach dem Ausstieg des US-Präsidenten Trump aus dem internationalen Klimaprozess zu einem G19-Statement zu kommen. Alle anderen Regierungen sind jetzt herausgefordert, zu zeigen, dass sie es wirklich ernst mit dem Klimaschutz meinen.

Darauf wollen wir mit unseren in diesem Weitblick dargestellten Aktivitäten als Germanwatch und auch mit der Stiftung Zukunftsfähigkeit hinwirken. Mit großer Sorge sehen wir, wie in vielen G20-Staaten die aktive Zivilgesellschaft mit Füßen getreten und mundtot gemacht wird. Deswegen muss in Hamburg die Vielfalt der hiesigen Zivilgesellschaft deutlich werden. Eine Zivilgesellschaft, die sich einerseits mit Lösungsvorschlägen zu Wort meldet und andererseits mit Forderungen und Protesten auf die Straße geht.

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Sir Nicholas Stern
Leiter des Grantham-Instituts
an der London School of Economics,
früherer Chefökonom
der Weltbank und Wirtschaftsberater
der britischen Regierung

Der Klimawandel ist eine ernsthafte Bedrohung für wirtschaftliche Stabilität, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Gleichzeitig kann entschiedener Klimaschutz auch ein Rezept für mehr Wohlstand und Beschäftigung sein. Der G20-Gipfel sollte ein klares Zeichen setzen, dass die führenden Wirtschaftsnationen diese ökonomische Chance erkannt haben und sie nutzen werden. Ich habe Germanwatch als eine Organisation kennengelernt, die diese Punkte gegenüber Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft überzeugend vermitteln kann – aufgrund ihrer intelligenten Strategie, hohen Sachkenntnis und hervorragenden Vernetzung.

Hamburg an Welt: Jetzt erst recht!

G20-Gipfel muss glaubwürdige Zeichen setzen für einen Kurswechsel

Vor nicht einmal zwei Jahren hat die Weltgemeinschaft wichtige Rahmensetzungen beschlossen, die eine zukunftsfähige und gerechte Entwicklung ermöglichen sollen. Zum einen verabschiedeten die Vereinten Nationen im September 2015 die Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die alle Länder der Welt bis zum Jahr 2030 erreichen sollen. Zum anderen verpflichtet seit Dezember 2015 das Pariser Klimaabkommen erstmals alle Staaten zur Umsetzung einer ambitionierten Klimastrategie und nimmt die reichen Länder für die Unterstützung derjenigen in die Pflicht, die bereits unter dem Klimawandel leiden. Die Vereinten Nationen, wo alle Staaten eine Stimme haben und Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gesichert sind, bilden den richtigen Rahmen, um global legitimierte Ziele und Vorgaben zu verabschieden. Damit die ehrgeizigen Ziele der Agenda 2030 und des Paris-Abkommens erreicht werden können, braucht es einen tiefgreifenden Umbau der Weltwirtschaft, eine große Transformation.

Was ist dabei die Rolle der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20? Die am G20-Gipfel teilnehmenden Regierungschefinnen und -chefs – darunter eine wachsende Zahl autokratischer Herrscher – haben sich bislang nicht als Vorkämpfer für einen nachhaltigen und gerechten Umbau der Weltwirtschaft hervorgetan. Bisher lag der Schwerpunkt bei den Gipfeln auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis, ohne ökologische und soziale Leitplanken. Die ungezügelt wirtschaftliche Globalisierung hat viele der Probleme, die mit der 2030-Agenda angegangen werden sollen, befeuert – vorangetrieben gerade auch durch die G20. Andererseits kann die große Transformation ohne massive Veränderungen der Wirtschafts- und Lebensweise in den G20-Ländern nicht gelingen. Daher gehört eine glaubwürdige Umsetzungsstrategie der SDGs und des Pariser Klimaabkommens auf die Tagesordnung eines solchen Gipfels.

Im vergangenen Jahr hat die chinesische G20-Präsidentschaft die Umsetzung der Agenda 2030 als ein Schwerpunktthema aufgegriffen und dem Klimaschutz und der Mobilisierung von „grünen“ Investitionen Platz eingeräumt. Vieles blieb aber vage und vor allem wurde im G20-Programm ansonsten weiter über Finanzpolitik, Wachstum und Investitionen gesprochen, ohne auf die Erfordernisse von Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu achten. Darum müsste es jetzt in Hamburg gehen: bei der Umsetzung konkreter zu werden und endlich auch die Finanz- und Wirtschaftspolitik kohärent mit globalen Umwelt- und Entwicklungszielen zu machen.

Falsche Antworten auf globale Probleme

Erschwert wird eine solche Politik durch die Zunahme autoritärer und nationalistischer Politikansätze gerade auch bei G20-Ländern. Die Po-



Warm paddeln auf der Binnenalster für die G20-Protestwelle am 2. Juli ab 12 Uhr in Hamburg (weitere Informationen auf Seite 3).

sitionen, die Donald Trump als neuer US-Präsident vertritt, stellen die Grundlagen der globalen Zusammenarbeit fundamental in Frage. Auf die Krisen und Unsicherheiten, oft von einer ungezügelt Globalisierung verschärft, gibt Trump die falschen Antworten einer fremdenfeindlichen, nationalistischen und protektionistischen Politik. Ohne kooperative Problemlösung lassen sich Fragen wie der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen, die Regulierung der Finanzmärkte oder größere Steuergerechtigkeit nicht lösen. Besonders deutlich wird der Konflikt zwischen global kooperativer Problemlösung und einem fatalen Rückzug auf nationalistische Scheinlösungen beim Umgang mit der weltweiten Klimakrise.

US-Präsident Donald Trump hat am 1. Juni den Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt. Trumps Position zum Paris-Abkommen spiegelt dabei die Mehrheitsmeinung der republikanischen Abgeordneten wider. Akteure der fossilen Industrie – wie die wirkmächtigen Koch-Brüder – finanzieren die Abwehrschlacht der Republikaner gegen den weltweiten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas, der bis Mitte des Jahrhunderts erforderlich ist, um die Vorgaben des Paris-Abkommens zu erfüllen. Die Koch-Brüder haben in den letzten Jahren Milliarden US-Dollar in Think Tanks von Klimawandel-LeugnerInnen und in die Wahlkämpfe ihnen genehmer republikanischer KandidatInnen gesteckt. Diese Investitionen sollen sich jetzt auszahlen.

Schadensbegrenzung durch progressive Akteure

Bislang ist der Schaden, den Trumps Ankündigung anrichten konnte, noch eher gering. Bei Redaktionsschluss hatten bereits 17 Bundesstaaten, über 200 Städte, 183 Hochschulen und rund 1.000 Unternehmen aus den USA angekündigt, dass sie sich weiter an die Ziele des Pariser Abkommens gebunden fühlen, und sich zu Maßnahmen zu dessen Umsetzung verpflichtet. Nicht nur Regierungschefs und -chefinnen anderer großer Industriestaaten, sondern auch

die von Schwellenländern wie China, Indien, Mexiko oder Südafrika haben sich klar zur Umsetzung des Paris-Abkommens bekannt. Sie haben auch deutlich gemacht, dass ein von fast 200 Staaten nach jahrzehntelangen Verhandlungen im Konsens verabschiedetes Abkommen nicht neu verhandelt wird.

Die Chancen, dass beim G20-Gipfel ein klares Stopp-Zeichen gegen Trumps fossilen Kurs gesetzt werden kann, sind derzeit nicht die schlechtesten. Unter der deutschen G20-Präsidentschaft wurde in monatelanger Arbeit ein Klima- und Energieaktionsplan erarbeitet. 19 Partner – alle außer den USA, deren Position bis Anfang Juni unklar war – haben diesen umfassenden Umsetzungsplan von Paris ernsthaft und hart verhandelt. Der G7-Gipfel und die Umweltministerkonferenz der G7 haben gezeigt, dass bei einem solchen Gipfel nicht alles im Konsens geschehen muss, wenn ein Land bei einer entscheidenden Frage blockiert. Es wäre ein großer Schritt voran, wenn die 19 anderen Staaten die USA mit einem ambitionierten Klima- und Energieplan zwingen würden, sich auch beim G20-Gipfel klimapolitisch zu bekennen, auch und gerade wenn dies ihre Isolation zeigt. Ob das gelingt, entscheidet sich auch daran, wie sich Russland und Saudi-Arabien verhalten – zwei Staaten, die wirtschaftlich fast vollständig von Öl und Gas abhängen.

Die G20 werden nicht die Vorhut des engagierten Klimaschutzes. Wir brauchen die dynamische Triebkraft der gegenüber der Klimakrise verletzlichen Staaten, der Vorreiterstaaten und -städte, progressiver Unternehmen und Gewerkschaften. Und niemand sollte die sich gerade auch durch solche Rückschläge erneuernde Energie der Zivilgesellschaft unterschätzen. Aber die Regierungschefs und -chefinnen der G20 haben nun zwei zentrale Aufgaben: Erstens deutlich „Nein“ zu sagen zu den verheerenden falschen Antworten eines Donald Trump und zweitens ein klares und durch konkrete Schritte unterlegtes „Ja“ zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Abkommens glaubwürdig zu verkünden.

Lutz Weischer & Christoph Bals

Klimapolitischer Glaubwürdigkeitstest Bundestagswahl

Die Kluft wird immer größer. Die Kluft zwischen der deutschen Rolle beim Aufbau internationaler Strukturen für wirkungsvolle Klimapolitik und der Scheu der deutschen Regierung, endlich einen klaren Rahmen für den sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle, ein Durchstarten der Energiewende und eine Investitionsoffensive zu setzen. Das deutsche Klimaziel für 2020 (-40% gegenüber 1990) droht krachend

verfehlt zu werden. Die Bundesregierung hatte immerhin den Mut, selber vorzurechnen, wie groß die Lücke ist. Jetzt fehlt der glaubwürdige Maßnahmenkatalog, um das 2020-Ziel und die Ziele des Klimaschutzplans 2050 zu erreichen. Dieser hat mit konkreten Einsparzielen für unterschiedliche Sektoren wie Verkehr und Industrie den Weg markiert, wie wir bis 2030 mindestens 55% Treibhausgas-Reduktion und

bis 2050 praktisch den Ausstieg aus Treibhausgasen erreichen können. Doch bisher verweigert die Bundesregierung die notwendige Rahmensetzung dafür. Gemeinsam mit Frankreich, Italien und kleinen EU-Staaten muss die neue deutsche Regierung die Initiative ergreifen, um die EU wieder zu einem Treiber für Klimapolitik zu machen.

Christoph Bals & Tobias Pforte-von Randow

Hamburg an Trump: So nicht!

G19 für das Klima? Internationaler Klimaschutz in Zeiten des US-Politikversagens

Die klimapolitischen Erwartungen an die deutsche G20-Präsidentschaft waren hoch. Doch mit der Ankündigung des Austritts der USA aus dem Paris-Abkommen und der Boykotthaltung der Regierung Trump bezüglich Multilateralismus ist Einigkeit zu Klima-, Energie- und grünen Finanzfragen im offiziellen G20-Prozess dieses Jahr nicht zu erreichen.

Trotzdem bleibt die G20 ein zentrales Forum, denn ohne Wandel in ihren Mitgliedstaaten, die zusammen etwa 85 Prozent der fossilen CO₂-Emissionen und der Weltwirtschaftsleistung verantworten, kann die globale Transformation nicht gelingen. Dabei muss man nicht damit rechnen, dass die meisten G20-Staaten nun zu Klimavorreitern werden. Aber was bei einem G20-Gipfel vereinbart wird, kann die notwendige Umsetzung von guter Klimapolitik auf nationaler Ebene einfacher machen. Es kann denjenigen, die sich für ein Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit einsetzen, weitere Argumente an die Hand geben – damit es etwa in Deutschland endlich einen Ausstieg aus der Kohle und eine Verkehrswende gibt. Die G20 kann als Forum großer Wirtschaftsnationen auch wirksame Signale an Unternehmen und Investoren senden. Und gleichzeitig könnte sie ein Mindestmaß an Koordination zum Beispiel bei Finanzmarktregeln oder CO₂-Bepreisung sicherstellen, um die erforderlichen Umbrüche vorausschauend zu gestalten.

So sollten sich alle G20-Mitglieder verpflichten, jetzt Pläne für eine treibhausgasneutrale Entwicklung bis 2050 zu erstellen und ihre nationalen Klimaschutzbeiträge anzuheben. Dies muss rechtzeitig vor der ersten Runde zur Erhöhung der Ziele unter dem Pariser Klimaabkommen 2018 bis 2020 geschehen. Darüber hinaus sollte die G20 Unternehmen und Investoren auffordern, eigene Strategien vorzulegen, die zeigen, wie gut ihre Geschäftsmodelle für den kommenden Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vorbereitet sind. Die falschen Preissignale im Energiebereich müssen endlich geändert werden: Abbau der fossilen Subventionen und Einführung wirksamer, ansteigender CO₂-Mindestpreise innerhalb der G20 sind hierfür zentral. Und der Aufbau von klimabezogenen Versicherungsinstrumenten auf globaler Ebene könnte zur Absicherung insbesondere der verletzlichen Bevölkerungsgruppen gegen Klimawandelfolgen beitragen.

Handlungsfähig als G19?

Wie der G7-Prozess ist auch der G20-Prozess eigentlich konsensbasiert – schert ein Land aus, sind den anderen die Hände gebunden. In der G20 sind angesichts der US-Blockade jetzt verschiedene Lösungen denkbar: Das bereits fertig verhandelte „G20 Aktionsprogramm zu Klima und Energie für Wachstum“ könnte trotzdem

verabschiedet werden – sei es mit einer Fußnote, die die USA ausnimmt, oder als gesonderte Erklärung der „G19“. Zusätzlich könnten sich einer solchen Erklärung auch Bundesstaaten, Städte und Unternehmen aus den USA anschließen oder in einer eigenen Erklärung darauf Bezug nehmen. Sollte es nur eine gemeinsame G20-Erklärung ohne starke Klimabotschaft geben, wäre das hingegen ein klimapolitisches Scheitern des G20-Gipfels.

Für den Energie- und Klimaaktionsplan sind im letzten halben Jahr wichtige Fundamente gelegt worden: Durch die gemeinsame Arbeit der Energie- und Klimagruppe ist das Klimathema endgültig aus der Umweltecke heraus und auf die Tagesordnung der Wirtschafts- und EnergieministerInnen gekommen. Eine von der G20-Präsidentschaft beauftragte Studie der OECD zeigt sehr deutlich, dass die Kombination von Klimaschutz mit Steuerreformen und vorausschauender Strukturwandelpolitik ein wirkungsvoller Weg zu mehr globalem Wohlstand

und nachhaltiger Entwicklung ist – für alle G20-Mitglieder.

Diese Botschaft muss jetzt auch bei den G20-FinanzministerInnen ankommen. Zwar gab es auch hier interessante Initiativen der G20, etwa zu klimabedingten Finanzmarktrisiken, der Mobilisierung privaten Kapitals für grüne Investitionen oder Aktionspläne für Entwicklungsbanken. Beim zentralen Thema wirksamer CO₂-Preissignale geht es dagegen allenfalls in Trippelschritten voran. Und bis die FinanzministerInnen sich das zentrale Ziel des Paris-Abkommens, die globalen Finanzflüsse am 1,5- bis 2-Grad-Limit auszurichten, zu eigen machen, wird noch viel Überzeugungsarbeit und politischer Druck nötig sein. Argentinien als der nächsten G20-Präsidentschaft kommt jetzt die schwierige Aufgabe zu, diese Prozesse im multilateralen Trümmerfeld der Trump-Administration zum Erfolg zu führen.

Gerrit Hansen

Die G20 muss die globale Finanzwende vorantreiben

In den nächsten 15 Jahren sollen weltweit 70-95 Billionen US-Dollar in Infrastruktur investiert werden. Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, müssen diese Gelder den Umbau zu einer emissionsarmen Wirtschaft vorantreiben. Fossile Energieerzeugung ist immer noch künstlich verbilligt. Damit werden falsche Investitionsanreize gesetzt und Risiken für die Finanzmärkte verstärkt. Daher sollte die G20 die Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Transparenz finanzieller Klimarisiken (TCFD) zur Offenlegung von klimarelevanten Daten und Dekarbonisierungsstrategien durch Finanzinstitute und Unternehmen anerkennen und zügig umsetzen.

Abbau der Subventionen für fossile Energie und eine wirksame CO₂-Bepreisung würden Investitionen in die richtige Richtung lenken und auch dringend benötigte öffentliche Mittel für klimagerechte Investitionen bereitstellen. Die G20-Studiengruppe zu Grünen Finanzen untersucht derzeit, wie mehr private Gelder für nachhaltige Infrastruktur und eine grüne Wirtschaft mobilisiert werden können. Diese Arbeit sollte in einer festen G20-Arbeitsgruppe weitergeführt werden.

Staatliche Entwicklungsbanken spielen eine zentrale Rolle. Sie übernehmen Risiken, die der Privatsektor nicht tragen würde, und stellen

Teilfinanzierungen bereit, um private Kredite zu ermöglichen. Außerdem tätigen sie einen Teil der internationalen Klimafinanzierung und spielen oft eine wichtige Rolle im öffentlichen Beschaffungswesen. Dennoch verwendet bisher keine Entwicklungsbank durchweg klimagerechte Investitionskriterien. Teilweise werden sogar noch neue Kohlekraftwerke finanziert.

Die G20 müssen sicherstellen, dass sich diese Praxis ändert – insbesondere bei den multilateralen Entwicklungsbanken, die für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern entscheidend sind und deren größte Anteilseigner die G20-Staaten sind. Die gemeinsame Klima- und Energiearbeitsgruppe der G20 hat sich mit der Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken zur Umsetzung des Pariser Abkommens beschäftigt. Diese Arbeit muss in den nächsten Jahren weitergehen. Die Entwicklungsbanken sollten einen Plan entwickeln, wie sie „Paris-kompatibel“ werden wollen. Dieser muss – wo angemessen – neben klimagerechten Investitionskriterien für das gesamte Portfolio auch Strategien zur Mobilisierung privater Gelder für grüne und nachhaltige Entwicklung beinhalten. Dies wären wichtige Schritte für eine globale Finanzwende.

Julia Bingler

Neue Studien im Kontext des G20-Gipfels

- Der **Allianz Klima- und Energiemonitor** vergleicht in einem Ranking die benötigten Investitionen und die Investitionsbedingungen für Erneuerbare Energien in den G20-Ländern. Abzurufen unter www.germanwatch.org/de/13956.
- Der **Brown to Green Report** von Climate Transparency gibt anhand rund 80 verschiedener Indikatoren einen Überblick zu den Themen Emissionsentwicklung, Klimapolitik, Dekarbonisierung und Klimafinanzierung in den G20-Staaten. Ab 3. Juli 2017 unter www.germanwatch.org/de/13957.
- Die **G20-Sonderpublikation des Klimaschutz-Index** von Germanwatch evaluiert und vergleicht die Klimaschutzleistungen der einzelnen G20-Länder. Ab 6. Juli 2017 unter www.germanwatch.org/de/13955.



Mit kreativen Protesten und Demonstrationen bringt die Zivilgesellschaft ihre politischen Forderungen bei der G20-Protestwelle am 2. Juli auf die Straße.

Europa: Zeit für eine strategische Klimaoffensive

Mit seiner Rede zum Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen hat US-Präsident Trump die wohl letzte große Schlacht der fossilen Energiewirtschaft um ihr Überleben eröffnet. Schon einmal war es einer US-Regierung mit dem Austritt aus dem Kyoto-Protokoll im Jahr 2001 gelungen, jahrelang Sand in das Getriebe der internationalen Klimapolitik zu streuen. Warum sollte das nicht auch jetzt gelingen?

Weil sich die Zeiten geändert haben. Damals galten Erneuerbare Energien als Nischentechnologie für die reichen Industrieländer, heute sind sie weltweit auf Siegeszug. Inzwischen stellen Erneuerbare weltweit mehr als die Hälfte der jährlich zugebauten Kapazität im Stromsektor. In Indien, China und den USA werden reihenweise die Pläne für neue Kohlekraftwerke zurückgenommen. Noch läuft der Großteil der Energieversorgung über fossile Energien und Kernkraft, aber der Boom der Erneuerbaren Energien erschüttert die bisherigen Geschäftsmodelle der etablierten Energieversorger. RWE und E.ON, EnBW und Vattenfall können ein Lied davon singen.

China – vor 15 Jahren noch im Kohlerausch – ist nun Marktführer bei Erneuerbaren Energien und Elektromobilität. Und das Land drängt in das diplomatische Vakuum, das durch den Ausfall der in den letzten Jahren sehr konstruktiven US-Klimadiplomatie entstanden ist. Die EU ist noch nicht wirklich im notwendigen Maße handlungsfähig. Aber Frankreich, Deutschland und Italien haben nach Trumps Rückzug direkt mit einem gemeinsamen Statement der RegierungschefInnen reagiert – hoffentlich ein erstes Anzeichen neuer europäischer Handlungsfähigkeit.

Europa muss jetzt neue Bündnisse schmieden. Wenn es einigen europäischen Vorreiterstaaten und China gelingt, mit Indien, Mexiko, Brasilien und Südafrika starke Absprachen zur Umsetzung des Paris-Abkommens zu vereinbaren, dann kann der Klimaschutz von einem Nord-Süd-Spannungsthema zunehmend zu einem Kooperationsthema werden. Wenn es gemeinsame Initiativen mit Kanada und den US-Vorreiterstaaten und -städten gibt, dann stärkt das in Nordamerika die progressiven Kräfte, um mit viel Schwung das Klimaabkommen umzusetzen. Echte Partnerschaften sind notwendig mit den etwa 50 gegenüber dem Klimawandel verletzlichen Staaten, dem Climate Vulnerable Forum, sowie mit den afrikanischen Staaten zum Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie für Anpassungs- und Klimaversicherungsinitiativen. Dann ist klar, dass die US-Regierung sowie offene oder heimliche Unterstützer des Anti-Klimaschutzes in der weltweiten Debatte auch moralisch keinen Stich machen.

Ein glaubwürdiger Partner können die Europäer in solchen Bündnissen aber nur sein, wenn sie selbst zuhause entschieden auf Klimaschutz setzen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit könnte zum Motor einer klimapolitischen Revitalisierung der EU werden. Der neue Präsident Emmanuel Macron hat bereits angekündigt, dass Frankreich über seine bisherigen Klimaziele zur Umsetzung des Paris-Abkommens hinausgehen wird. Jetzt ist Deutschland am Zug. Die nächste Bundesregierung muss endlich klare Rahmenseitungen für den Ausstieg aus der Kohle und die überfällige Transformation des Verkehrssektors verabschieden.

Christoph Bals

Klimaschutz und Entwicklung sind keine Gegensätze

Interview mit Marianne Buenaventura Goldman, Koordinatorin des BRICSAM-NGO-Netzwerkes aus Südafrika, zur Situation der Schwellenländer und ihren Erwartungen an die G20

Sie arbeiten seit 2012 zum G20-Prozess und sind auch im Civil 20 engagiert (s. Kasten). Wieschätzen Sie die Rolle und den Einfluss des Civil 20 ein?



bezüglich der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und einer gerechten Transformation?

Zivilgesellschaftliches Engagement im G20-Prozess ist extrem wichtig, um den Interessen der Armen bei für sie wichtigen Entscheidungen eine Stimme zu geben. Innerhalb des Civil 20 sind insbesondere Stimmen aus dem globalen Süden wichtig, um globale Herausforderungen im Entwicklungsbereich anzusprechen. Schließlich lebt ein erheblicher Teil der Ärmsten der Welt in G20-Ländern wie Indien und China.

Ich möchte drei Forderungen hervorheben. Zunächst muss die G20 einen Fahrplan entwickeln, wie die Mittel zur Umsetzung der SDGs vor allem in Entwicklungsländern bereitgestellt werden sollen, entsprechend der Verpflichtung zu globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung laut Ziel 17 der SDGs. Diese Partnerschaften sind zentral für die Verwirklichung aller SDGs.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in vielen G20-Ländern haben mit zunehmender Repression zu kämpfen. Kann der Civil 20 hier ein Gegenforum bieten?

Alle G20-Länder müssen viel mehr tun, um Frauenrechte und Gleichberechtigung zu fördern. Trotz gesteigerter Anerkennung der wichtigen Rolle von Geschlechtergerechtigkeit für integratives Wachstum sind die Politiken der G20 weitgehend geschlechterblind.

Leider waren beim Civil 20 nicht immer alle G20-Länder stark vertreten – auch nicht die Gastgeber. Die kontinuierliche Teilnahme gerade auch von Organisationen aus Schwellenländern müsste gestärkt werden. Dazu braucht es Unterstützung z.B. bei Reisekosten. Aber viel wichtiger ist, dass die Staatschefs aller G20-Länder die Resolution des UN-Menschenrechtsrates zur Sicherung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume umsetzen und konstruktiv mit der UN-Sonderberichterstatterin für Versammlungsfreiheit zusammenarbeiten.

Und die G20 – bzw. G19 – müssen sich klar zum Klimaabkommen von Paris und dessen ambitionierter Umsetzung bekennen. Beispielsweise durch die Ankündigung einer 100 Prozent erneuerbaren Energieversorgung bis 2050 und indem sie Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu einer Investitionspriorität im Infrastrukturbereich machen.

Welches sind die wichtigsten Forderungen des BRICSAM-NGO-Netzwerkes an die G20

Klimaschutz wird von manchen immer noch als Aufgabe gesehen, welche nur die Industrieländer umsetzen müssen, während sich ärmere Länder erst mal um ihre Entwicklung kümmern müssen...

Das stimmt schon lange nicht mehr. Klimaschutz und Entwicklung sind keine Gegensätze. Das Potenzial für den Übergang zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft ist in vielen Entwicklungsländern, die nicht so tief in der Abhängigkeit von fossilen Energien stecken, sehr hoch. Weil sie noch dabei sind, ihre Entwicklungspfade zu entwerfen, können sie neue Methoden und Technologien oft leichter integrieren. Allerdings ist der Zugang zu solchen Technologien eine große Herausforderung. Die Fähigkeit von Entwicklungsländern, heute und in Zukunft Emissionen zu vermeiden, hängt davon ab, dass ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel Erneuerbare-Energien-Technologien.

Die deutsche G20-Präsidentschaft hat einen Afrika-Fokus und hat die Investitionsinitiative „Compact with Africa“ entwickelt. Wie schätzen Sie diese Initiative ein?

Der Compact ist ein rein technisches Dokument, das von einem – spätestens seit der Agenda 2030 – veralteten Entwicklungsparadigma ausgeht. Nach Ansicht der afrikanischen VertreterInnen der BRICSAM-NGOs ist es unwahrscheinlich, dass der Compact tatsächliche, greifbare Vorteile für die Bevölkerung Afrikas bringt, da er ausschließlich darauf fokussiert, vorteilhafte Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen; es besteht im Gegenteil durchaus ein Risiko für die Menschenrechte und Interessen der Armen und Marginalisierten.

Wenn Sie eine zentrale Forderung an die deutsche G20-Präsidentschaft stellen könnten, wie würde die lauten?

Dass sie einen Weg findet, die Umsetzung des globalen Klimaabkommens in der Spur zu halten.

Interview: Gerrit Hansen

BRICSAM

Das BRICSAM-Netzwerk bringt seit 2013 zivilgesellschaftliche Organisationen aus Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China, Südafrika und Mexiko (sowie seit neuestem als „BRICSAMIT“ mit der Türkei) zusammen, um ihren Einfluss auf globale Politikprozesse zu Ungleichheit zu erhöhen. Das Netzwerk hat zum Civil 20 2017 einen gemeinsamen Forderungskatalog an die G20 entwickelt.

Civil 20

Der Civil 20 (kurz C20) wurde 2013 von der russischen G20-Präsidentschaft ins Leben gerufen und ist ein offizieller Begleitprozess der G20, ähnlich dem Business 20 (der Unternehmen), dem Labor 20 (der Gewerkschaften) oder dem Women 20 (der Frauen). Die konkrete Gestaltung des Prozesses und die Einflussmöglichkeiten hängen stark von der einladenden Präsidentschaft ab. Der deutsche C20-Gipfel mit über 300 teilnehmenden Organisationen fand am 18. und 19.6. in Hamburg statt.

AKTION

AUF NACH HAMBURG ZUR G20-PROTESTWELLE!

Protestmarsch, Bootsdemo und Bannermeer
in Hamburg, 2. Juli 2017, 12 Uhr

Germanwatch unterstützt den Aufruf eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für eine „G20-Protestwelle“ in Hamburg. Friedliche, kreative Proteste und Demonstrationen sollen den Druck auf die GipfelteilnehmerInnen für eine global gerechtere Politik erhöhen.

Germanwatch hat eine klare Erwartung an die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die G20-Staaten: Sie sollten vorangehen bei der Umsetzung der 2015 im Rahmen der Vereinten Nationen geschlossenen Vereinbarungen des Klimagipfels von Paris und der globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung, beim Schutz der Menschenrechte vor unmittelbaren und mittelbaren Beeinträchtigungen durch Unternehmen sowie beim Kampf gegen die unter anderem durch die industrielle Massentierhaltung beförderten Antibiotikaresistenzen. In diesem Sinne bringt sich Germanwatch seit längerem verstärkt mit Expertisen, Gesprächen und durch nationale sowie internationale Netzwerke in den G20-Prozess ein (siehe www.germanwatch.org/g20).

Gemeinsam drängen wir vor dem G20-Gipfel auf gerechten Welthandel und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. In der Hafendstadt Hamburg lassen wir gemeinsam mit vielen anderen zu Lande und zu Wasser eine Protestwelle von zehntausenden Menschen entstehen.

Machen Sie mit!

Tragen auch Sie Ihren Protest für eine ganz andere Politik auf die Straße!

Wann und wo: Sonntag, 2. Juli 2017,
12 Uhr am Rathausmarkt in Hamburg

Weitere Informationen:

www.g20-protestwelle.de

Weitere Demonstrationen und Aktionen in der G20-Woche: www.g20hamburg.org

EINE ANDERE POLITIK IST NOTIG!



Grundlegendes Umsteuern ist erforderlich

Zivilgesellschaft drängt auf Kurskorrekturen

Im Juli richten sich viele Augen auf den G20-Gipfel in Hamburg. Er ist ein Kristallisationspunkt für die internationale Diplomatie in stürmischen Zeiten. Wird hier von der wachsenden Zahl autokratischer G20-Regierungen der Bau neuer Schutzmauern verabredet, oder aber der Bau von Windrädern, die den Sturm in konstruktive Energie verwandeln? In immer mehr G20-Staaten wird die Luft für eine lebendige Zivilgesellschaft dünn, damit wächst zugleich deren Bedeutung. Ihre Stimme ist essentiell angesichts der bedrohlichen Renaissance des Nationalismus – und um die richtigen Themen auf die Agenda der G20 zu setzen.

Die Zivilgesellschaft ist die wichtigste Triebkraft gegen eine Verengung der G20-Agenda auf die Interessen mächtiger Nationalstaaten und Großkonzerne. Die Abschluss-Erklärung des „Civil 20“, des zivilgesellschaftlichen Begleitprozesses der G20, formuliert es deutlich: Die skandalöse Ungleichheit und die zunehmende ökologische und soziale Destabilisierung der Welt erfordern ein grundsätzliches Umsteuern des von der G20 dominierten, globalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Diese Botschaft ist auch Kern des in Hamburg geplanten „Gipfels der Solidarität“ sowie der vielfältigen Proteste, Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams während der Gipfeltage. Es ist gerade im aktuellen Kontext inakzeptabel, wenn Bürgerrechte und Möglichkeiten zum gewaltfreien Protest eingeschränkt werden.

Einbindung hat auch Symbolwirkung

Im Vorfeld des Gipfels hat sich die deutsche G20-Präsidentschaft um eine stärkere Einbin-

dung der Zivilgesellschaft in die Arbeitsprozesse der G20 bemüht. Es verging 2017 in Berlin kaum eine Woche, in der nicht ein Ministerium zu Austausch und Information über G20-Themen lud. Während weltweit der Druck auf die Zivilgesellschaft steigt und Kritik kriminalisiert wird, ist dieser Dialog mit der Zivilgesellschaft auch symbolisch wichtig.

Germanwatch hat breite Bündnisse gegen eine sozial und ökologisch ungezügelt Globalisierung sowie nationalistische Tendenzen mit vorangetrieben. So haben alle Begleitprozesse der G20, von Unternehmen (B20) über Gewerkschaften (L20) bis zur Jugend (Y20), in einer gemeinsamen Erklärung vor den Gefahren des Nationalismus und der autoritären Staatsführung gewarnt. In einer anderen, an der Germanwatch intensiv beteiligt war, werden die „G19“ aufgefordert, mit oder ohne Trump das Klimaabkommen von Paris konsequent umzusetzen.

Eine kritische Zivilgesellschaft ist zudem essentiell, um Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen zu skandalisieren und Modelle für alternatives Wirtschaften sowie nachhaltige Entwicklung aufzuzeigen, aber gerade auch wegen ihrer Vielfalt und solidarischen Verbundenheit.

Die G20 kann vor allem gemeinsame Politiken ankündigen. Wenn dies gelingt, ist das angesichts des derzeitigen multilateralen Minenfeldes wertvoll. Damit dabei nicht nur leere Formeln herauskommen, sondern Politiken dann auch umgesetzt werden, sind zivilgesellschaftliche Forderungen und Kritik unerlässlich.

Tobias Pforte-von Randow
& Christoph Bals

Termine

■ Hamburg, 02.07. ab 12 Uhr:

G20-Protestwelle – Protestmarsch, Boatsdemo und Bannermeer.
Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/13862

■ Rastede, 01.09.-03.09.:

Seminar „Training für Fairrückte“, u.a. mit Stefan Küper.
Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/13878

■ Vallendar, 06.-09.10.:

Seminar „Wandel in Bewegung setzen – Transformatives Engagement für die SDG“, mit Alexander Reif.
Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/13684

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Gerold Kier, Klaus Milke. Stand: Juni 2017. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000. Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von der Stiftung Mercator.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

STIFTUNG
MERCATOR

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Bericht: Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/13958
- Hintergrundpapier: Shifting the Trillions. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/13488
- Hintergrundpapier: Klimarisiken für den Finanzsektor und ihre Bearbeitung. Nur Download. www.germanwatch.org/de/11329
- Arbeitsblätter: Die Große Transformation – Was soll wachsen und was nicht?. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/13230
- Positionspapier: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Nur Download. www.germanwatch.org/de/12834

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Menschenwürdige Arbeit auch entlang weltweiter Lieferketten voranbringen

Seit zwei Jahren beschäftigen sich die G20-Staaten – auch dank der Bemühungen der Bundesregierung – mit der wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Bedeutung von nachhaltigen globalen Lieferketten. Rund 70 Prozent des weltweiten Handels erfolgt über globale Liefer- und Produktionsketten und rund 453 Millionen Arbeitsplätze hängen von diesen vernetzten Produktionsaktivitäten ab. Zugleich finden die meisten unternehmensbezogenen Menschenrechtsverletzungen, wie Zwangsarbeit oder gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, in den Lieferketten statt.

Zivilgesellschaft und Gewerkschaften haben die G20-Staaten deswegen dazu aufgerufen, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte in den weltweiten Lieferketten einzuführen. Sie fordern eine verbindlich vorgeschriebene und robuste unternehmerische Sorgfaltspflicht und existenzsichernde Löhne. Damit die Unternehmen über soziale und öko-

logische Mindeststandards hinausgehen, bedarf es staatlicher Anreize über Subventionen, öffentliche Beschaffung oder Steuerpolitik.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hatte am 19. und 20. Mai 2017 die G20-ArbeitsministerInnen zu einem Gipfel geladen. In der gemeinsamen Abschlusserklärung heißt es, dass die G20 sich für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne sowie gegen Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Menschenhandel in globalen Lieferketten einsetzen wollen. Auch die gemeinsame Verantwortung von Unternehmen und Regierungen wird betont. Als einzige konkrete Maßnahme findet sich der unter deutscher G7-Präsidentschaft 2015 initiierte „Vision Zero Fonds“ zur Verbesserung des Arbeitsschutzes in ärmeren Produktionsländern. Regierungen, Unternehmen und NGOs sollen diesen nun unterstützen. Aber nach wie vor bleibt unklar, wo der Anreiz für Unternehmen bestehen soll, Geld in den Fonds einzuzahlen

statt das Geld in die Verbesserung des eigenen Lieferkettenmanagements zu stecken.

Zentrale Forderungen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften bleiben in der Abschlusserklärung unberücksichtigt. Die MinisterInnen wollen keine verbindlichen und robusten Sorgfaltspflichten einführen, sondern nur ihre diesbezüglichen Erwartungen an Unternehmen klar formulieren. Anreizsysteme wurden nicht konkret aufgenommen. Da die Beschlüsse der G20, als einem lediglich informellen Gremium, keine rechtliche Wirkung entfalten, wäre es aber umso wichtiger, die Positionen der G20 mit konkreten Umsetzungsplänen zu verbinden. An dieser konkreten Umsetzung von Maßnahmen für menschenwürdige Arbeit entlang der globalen Lieferketten wird sich auch die Bundesregierung messen lassen müssen.

Johanna Kusch

Antibiotikaresistenzen: Problem erkannt, aber die Lösung ist halbherzig

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass Krebs als derzeit global häufigste Todesursache in absehbarer Zeit wieder von Infektionen abgelöst wird. Schon 2050 könnten über zehn Millionen Patienten jährlich sterben, weil Antibiotika nicht mehr wirken.

Weltweit kommen Antibiotika bei der Bekämpfung von Tuberkulose, Lebensmittelinfektionen (z.B. Salmonellose), Malaria und bei Epidemien wie Ebola eine zentrale, oftmals lebensrettende Bedeutung zu. Allerdings werden durch den immer häufigeren und oft nicht sachgerechten Einsatz immer mehr Erreger resistent, oft gleich gegen mehrere Antibiotika. Der Werkzeugkasten der Medizin leert sich zusehends.

Deutschland hat den Kampf gegen zunehmende Antibiotikaresistenzen zu einem wichtigen Thema seiner G20-Präsidentschaft gemacht, und konnte dabei erste Erfolge erzielen: Die G20-AgrarministerInnen versprachen einen Fahrplan für das Ende antibiotischer Wachstumsförderer in Tierhaltungen. Die G20-GesundheitsministerInnen setzen sich für eine ärztliche Verschreibungspflicht für Antibiotika ein. Dies sind wichtige Vorhaben, doch ohne konkrete Ziel- und Zeitvorgaben drohen sie bloße Absichtserklärungen zu bleiben.

Über 75 Prozent der jährlich in der EU und den USA verbrauchten Antibiotika werden in der

„modernen“ industriellen Fleisch- und Milch-erzeugung eingesetzt. Setzt sich der bisherige Trend fort, wird bis 2030 der Antibiotikaeinsatz bei Tieren weltweit um etwa zwei Drittel steigen, in vielen Schwellenländern sogar verdoppelt, wenn industrielle Systeme traditionelle Tierhaltungen ersetzen. Schweine in ökologischen und bäuerlichen Haltungen weisen Studien zufolge deutlich geringere Belastungen mit Antibiotikaresistenzen auf als die in konventionellen und großen Stallanlagen.

Zugang zu wirksamen Antibiotika – oder zu billigen tierischen Proteinen?

Wenn die Weltgemeinschaft Infektionen und Epidemien endlich besser in den Griff bekommen will, benötigt sie wirksame Antibiotika. Nicht notwendig ist Fleisch aus industrieller Massentierhaltung für die preiswerte Versorgung der Bevölkerung mit Eiweiß – wie oft behauptet wird. Schon gar nicht darf Billigfleisch durch ein viel größeres Risiko antibiotikaresistenter Erreger erkaufte werden.

Antibiotikaresistenzen wirkungsvoll zu bekämpfen heißt, die Ursachen anzugehen: In der Humanmedizin sind etwa Patientenaufklärung, Zugang zu sauberem Wasser und Hygiene Schlüsselmaßnahmen. In der Land-



Die nicht artgerechte, industrielle Tierhaltung treibt den Einsatz von Antibiotika in die Höhe.

wirtschaft gilt es, den Trend zu industriellen Tierhaltungen umzukehren zugunsten einer antibiotikaarmen Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben. Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als für den Menschen besonders wichtig definierten Reserveantibiotika sollten in der Tierhaltung verboten werden. Pharmafirmen sind aufgefordert, die hochgefährliche Ausbreitung von Antibiotikarückständen und -resistenzen aus Arzneimittelfabriken in Indien, China und andernorts zu stoppen, die – mangels Umweltschutz – die Konzerne selbst verantworten.

Reinhild Benning

Stiftungen initiieren F20-Plattform

Brücke zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft



Für die globale Transformation, auf die sich die Staaten weltweit im Paris-Abkommen geeinigt haben, sind auch Stiftungen mit ihrer Lösungskompetenz gefragt. Mehr als 35 Stiftungen aus Deutschland und anderen G20-Staaten kooperieren deshalb nun in der sogenannten Foundations-Plattform F20 für mehr Klimaschutz und die globale Energiewende.

Die Plattform versteht sich als Brücke zwischen Politik, Privat- und Finanzwirtschaft sowie Zivilgesellschaft der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer G20. Ziel der Stiftungsplattform ist, die Umsetzung der 2030-Agenda und des Pariser Klimaabkommens, ambitionierten Klimaschutz und den Ausbau von Erneuerbaren Energien voranzubringen sowie die wichtige Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei zu stärken.

Zusammen mit der Michael-Otto-Stiftung gab die germanwatchnahe Stiftung Zukunftsfähig-

keit den ersten Impuls für diese Plattform, der Autor dieser Zeilen ist einer der Sprecher der Initiative. Zu den Unterstützern gehören unter anderem die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), die Stiftung Mercator, die Michael-Otto-Stiftung, die European Climate Foundation, die Stiftung 2°, der World Wide Fund for Nature (WWF), der Rockefeller Brothers Fund (USA), die Shakti Foundation und Tata Trusts (Indien), CTeam (China) und die Avina Foundation aus Südamerika.

Am 4. Juli 2017 – drei Tage vor dem eigentlichen G20-Gipfel – wird im Hamburger Rathaus vor 600 Gästen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik die zentrale Veranstaltung der Stiftungsplattform stattfin-

den. Neben Beiträgen hochrangiger Redner, wie etwa des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz, des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern oder der Soziologin Auma Obama, wird die Präsentation einer neuen Studie zu internationalen Beispielen erfolgreicher Transformation im Mittelpunkt stehen. Diese wollen die F20 der Bundesregierung stellvertretend für die G20-Regierungen als Ansporn überreichen.

Die F20-Konferenz in Hamburg ist der Startschuss für eine langfristige Kooperation. Den Stiftungen geht es darum, den G20-Prozess über Hamburg hinaus kontinuierlich zu begleiten – daher auch die Namensgebung (F20) in Anlehnung an die offiziellen G20-Dialogprozesse.

Weitere Infos: www.foundations-20.org

Klaus Milke, Vorsitzender von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit